

Israel wird alle Hebel in Bewegung setzen, um eine Anklage wegen Kriegsverbrechen zu vermeiden

Jonathan Cook, middleeasteye.net, 11.02.21

Ein Beschluss des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat israelische VertreterInnen in Panik versetzt. Gegen sie kann nun ermittelt werden. Vermutlich werden sie jetzt mit verstärkten Drohungen reagieren.

Durch einen Beschluss des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, ist Israel ins Schleudern geraten. Hochrangige israelische VertreterInnen, darunter möglicherweise auch Premierminister Benjamin Netanjahu, können nun für Verletzungen des Kriegsrechts in den besetzten palästinensischen Gebieten zur Rechenschaft gezogen werden.

Israels eigene juristische Teams weisen seit langem darauf hin, dass seine Militärkommandeure, Regierungsminister und hochrangigen Verwaltungsangestellten gefährdet sind, strafrechtlich verfolgt zu werden. Deshalb reisen sie seit Jahren mit einem speziellen „Panik-Button“ auf ihren Telefonen, um das diplomatische Personal vor Ort über eine drohende Verhaftung an einem ausländischen Flughafen zu informieren.

Die Entscheidung der Richter am Internationalen Strafgerichtshof stellt nicht sicher, dass Israelis wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden, zumindest noch nicht. Doch nach Jahren der Verzögerung ist die Frage geklärt, ob die palästinensischen Gebiete Ost-Jerusalem, Westbank und Gazastreifen in die Zuständigkeit des Gerichts fallen. Dass die Tür nun offen ist, dass gegen Israelis wegen Kriegsverbrechen ermittelt werden kann, ist der Grund, warum israelische Führer aus dem gesamten politischen Spektrum so wütend auf das Urteil reagierten. Die oberste Staatsanwältin des Gerichts hat bereits eine Voruntersuchung abgeschlossen, in der sie zu dem Schluss kam, dass es eine rechtliche Grundlage für eine vollständige Untersuchung gibt.

Die vielleicht absurdeste Reaktion auf die Entscheidung kam von Netanyahu selbst. Am Wochenende erklärte er fälschlicherweise, in einem, für ein ausländisches Publikum bestimmten, englischsprachigen Video, dass der IStGH wegen, wie er es nannte, „gefälschter Kriegsverbrechen“ gegen Israel ermittle und schrieb dies dem „reinen Antisemitismus“ zu. Um die Sache zu verdeutlichen, warf er noch einen Hinweis auf den Nazi-Holocaust ein.

Seine Behauptungen wirkten ziemlich merkwürdig. Am Freitag prangerte Netanyahu die Entscheidung der Richter als Beweis dafür an, dass der IStGH „ein politisches Gremium und keine juristische Institution“ sei. Tatsächlich ist es Netanyahu selbst, der Politik betreibt indem er das Gericht in einer Angelegenheit, die rein rechtlich und juristisch sein sollte, mit einem Rufmord belegt. Er hofft mit Israels bevorzugter Taktik der Antisemitismus-Verleumdungen, die Ermittler des Strafgerichtshofs in Schach zu halten.

Das Gericht ist an drei separaten Bereichen zur Untersuchung interessiert: Israels Angriffe auf den Gazastreifen, die viele palästinensische Zivilisten das Leben gekostet haben; die wiederholten tödlichen

Schüsse auf palästinensische DemonstrantInnen am Grenzzaun des Gazastreifens; und der jahrzehntelange illegale israelische Siedlungsbau auf besetztem Land, der oft ethnische Säuberung der PalästinenserInnen bedeutete.

Angriff auf ein Hilfsschiff

Was auch immer Netanyahus aktuelle Beteuerungen sein mögen, die Wahrheit ist, dass Israels eigene juristische Teams seit langem darauf hingewiesen haben, dass seine Militärkommandeure, Regierungsminister und hochrangigen Verwaltungsangestellten gefährdet sind, strafrechtlich verfolgt zu werden. Deshalb reisen sie seit vielen Jahren mit einem speziellen „Panik-Button“ auf ihren Telefonen, um das diplomatische Personal vor Ort über eine drohende Verhaftung an einem ausländischen Flughafen zu informieren.

2005 blieb der pensionierte General Doron Almog nach der Landung in London zwei Stunden lang in einem Flugzeug sitzen, bevor er schnell wieder abflog, um einem britischen Haftbefehl wegen der Zerstörung von 59 palästinensischen Häusern zu entgehen.

So ein Vorfall ereignete sich 2013, als der ehemalige Marinekommandant Eli Marom auf den Knopf drückte, nachdem er fälschlicherweise annahm, dass sich Grenzbeamte am Londoner Flughafen Heathrow darauf vorbereiteten, ihn unter den Gesetzen der „universellen Gerichtsbarkeit“ zu verhaften (1).

Drei Jahre zuvor hatte Marom einen tödlichen Angriff in internationalen Gewässern durch Marinekommandos auf einen Schiffs-Hilfskonvoi genehmigt, der versuchte, Israels Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen.

Marom hatte Grund nervös zu sein, denn im Jahr 2005, blieb Doron Almog, ein pensionierter General, nach der Landung in Heathrow zwei Stunden lang in einem Flugzeug der *El Al* sitzen, bevor er schnell wieder abflog, um einem britischen Haftbefehl wegen der Zerstörung von 59 palästinensischen Häusern zu entgehen. Berichten zufolge ließ *Scotland Yard* Almog lieber entkommen, als sich beim Versuch ihn zu verhaften auf ein Feuergefecht einzulassen*. Darüber hinaus musste die ehemalige Außenministerin Tzipi Livni 2009 einen Besuch in Großbritannien absagen, weil sie befürchtete, wegen ihrer Rolle, die sie Monate zuvor bei der Genehmigung eines drei-wöchigen Angriffs auf den Gazastreifen gespielt hatte, bei dem etwa 1.400 Palästinenser getötet wurden, verhaftet zu werden.

Tatsächlich weiß Israel genug darüber, welche seiner hochrangigen Vertreter Internationales Recht gebrochen haben und in welcher Weise, dass es letzten Sommer eine geheime Liste mit hunderten Namen zusammengestellt hat, gegen die am ehesten wegen Kriegsverbrechen ermittelt werden würde.

Der Versuch das Gericht zu terrorisieren

Doch obwohl Israel nur zu gut weiß, was seine Top-Kriegsverbrecher getan haben, hat Netanyahu Recht, wenn er anmerkt, dass die Entscheidung des IStGH letzte Woche eine politische ist. Tatsächlich ist die Behandlung Israels durch das Gericht tief in die Politik involviert, seit die Palästinensische Autonomiebehörde 2015 dem IStGH beitrug.

Westliche Verbündete versuchten wiederholt, das Gericht einzuschüchtern und unter Druck zu setzen, um sicherzustellen, dass israelische VertreterInnen nicht wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden.

Israelische Medien berichteten aus Sicherheitsquellen, dass mehrere IStGH-Mitgliedsstaaten bereits zugestimmt hätten, Israel zu informieren, sollten sie erfahren, dass Haftbefehle gegen Israelis ausgestellt worden sind.

Es ist kein Zufall, dass die Richter jetzt das nötige Rückgrat hatten, die Gerichtsbarkeit über die besetzten Gebiete unmittelbar nach dem Rücktritt von Donald Trump als US-Präsident zu erklären. Seine Regierung hatte eine Kampagne zur Einschüchterung des Gerichts geführt, die ein Einreiseverbot für MitarbeiterInnen des Internationalen Strafgerichtshof in die USA beinhaltete, sowie Drohungen, ihre Guthaben einzufrieren.

Der Zeitpunkt des Beschlusses könnte auch damit zusammenhängen, dass die Chefanklägerin Fatou Bensouda ihren Posten in einigen Monaten aufgeben wird. Es ist unwahrscheinlich, dass sie bis dahin irgendwelche Ermittlungen gegen Israelis einleiten wird, sondern diese Aufgabe ihrem Nachfolger überlässt.

Israel wird durch die Verzögerung mehr Zeit gewinnen und der neue Chefankläger könnte unter Druck gesetzt und davon überzeugt werden, dass Israel, trotz jahrzehntelanger Rechtsbrüche, keine hohe Priorität hat, um es zu rechtfertigen, die begrenzten Ressourcen des Gerichts in Anspruch zu nehmen.

Die Kampagne beginnt

Eine solche Kampagne hat gerade begonnen. Am Sonntag schickte das israelische Außenministerium eine dringende, als vertraulich eingestufte Nachricht an Dutzende seiner Botschafter und forderte sie auf, ihre jeweiligen Hauptstädte für eine Kampagne zu gewinnen, um Druck auf den Strafgerichtshof auszuüben (2).

Am Montag rief der ehemalige Generalstabschef Außenminister Gabi Ashkenazi, der mit ziemlicher Sicherheit auf Israels geheimer Liste steht, seine Amtskollegen in ausländischen Hauptstädten an und drängte sie zur Hilfe. Dies bedeutet wahrscheinlich auch, sich für einen wohlwollenden Chefankläger einzusetzen, der Bensouda ersetzen soll.

Israelische Medien berichteten aus Sicherheitsquellen, dass mehrere IStGH-Mitgliedsstaaten bereits zugestimmt hätten, Israel zu informieren, sollten sie erfahren, dass irgendwelche Haftbefehle gegen Israelis ausgestellt worden sind.

Schon jetzt haben stramme Verteidiger Israels, die Biden-Administration in den USA, Deutschland und die australische Regierung, die Entscheidung des Internationalen Strafgerichtshofs kritisiert und damit auch indirekt die internationalen Kriegsnormen, die das Gericht aufrechterhalten soll.

Als Reaktion auf Deutschlands Kritik am Internationalen Strafgerichtshof twitterte Hanan Ashrawi, eine ehemalige hohe palästinensische Vertreterin, am Dienstag: „Also ersetzt Ihre ‚Rechtsansicht‘ die Entscheidung der ICC-Richter und die Resolutionen der UN [Generalversammlung]? Kein Staat, der sich selbst respektiert, sollte Anweisungen von Israel (oder Einschüchterungen durch Israel) akzeptieren.“

Aus eigenem Kalkül könnten diesem Beispiel bald andere Staaten folgen. Diejenigen, die sich am engsten mit dem von den USA geführten „Krieg gegen den Terror“ verbündet haben, darunter auch Großbritannien, haben allen Grund, dafür zu sorgen, dass Israel - ein Staat, der zum „westlichen diplomatischen Club“ gehört, nicht für Kriegsverbrechen der Art, die auch sie begangen haben, zur Rechenschaft gezogen wird. Sie ziehen es vor, dass der IstGH seine Anklagen weiterhin auf afrikanische Führer beschränkt.

Lobbying und Einschüchterung hinter den Kulissen mögen die scheinbar perverse Begründung des Internationalen Strafgerichtshof im Dezember erklären, seine Ermittlungen gegen britische Funktionäre einzustellen (3), obwohl der Gerichtshof akzeptiert hatte, dass die britischen Streitkräfte wahrscheinlich Kriegsverbrechen im Irak begangen hatten. Israel kann evtl. auf eine ähnliche, manipulierte Verschonung hoffen.

Israel abschirmen

Die Realität ist, dass das Vorgehen gegen Israel immer mehr von politischen als von juristischen Faktoren abhängt, sobald es Gegenstand von Untersuchungen wird. Aber die Abschirmung Israels wegen Kriegsverbrechen war schon lange vor der Ratifizierung des Rom-Statuts durch Palästina im Jahr 2015 offensichtlich.

Sechs Jahre zuvor hatte Israel zum Beispiel eine Einschüchterungskampagne gegen den berühmten südafrikanischen Juristen Richard Goldstone wegen des Berichts seines UN-Ausschusses zu Israels Angriff auf Gaza 2009 inszeniert. Der Bericht (4) befand, dass Israel und die Hamas für die Begehung von Kriegsverbrechen und möglicherweise sogar für schwerere Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich sind.

Goldstone widerrief seine schwerwiegendsten Aussagen Monate später, nachdem die persönliche Kampagne gegen ihn darin gipfelte, dass die *South African Zionist Federation* ihm die Teilnahme an der *Bar Mitzwa* seines Enkels untersagte.

In ähnlicher Weise wurden die Regeln „universeller Gerichtsbarkeit“, die es ausländischen Bürgern erlauben, die Verhaftung eines offiziellen Vertreters zu beantragen, der verdächtigt wird, internationales Recht zu brechen, wenn sein Staat sich weigert, ein Urteil zu fällen, in der Praxis noch nie gegen Israelis durchgesetzt.

Nach den Vorfällen um Almog und Livni änderte die britische Regierung 2011 sogar ihr eigenes Gesetz über die universelle Zuständigkeit speziell zum Schutz israelischer VertreterInnen vor Verhaftungen auf britischem Boden (5).

Verzögerung durch den Internationalen Strafgerichtshof

Der IstGH hatte die Möglichkeit, gegen israelische VertreterInnen wegen des Angriffs auf die Mavi Marmara-Hilfsflottille nach Gaza in internationalen Gewässern im Jahr 2010 zu ermitteln. Zehn türkische Zivilisten, darunter auch ein amerikanischer Staatsbürger, wurden von israelischen Kommandos, die die Schiffe stürmten, getötet (6). Stattdessen entschied Bensouda 2014, das von den Komoren eingeleitete Verfahren, unter deren Flagge das Boot fuhr, nicht weiter zu verfolgen. In einer Revision im letzten Jahr kritisierten die Richter des IstGH sie für eine Reihe von „Fehlern“ bei der Entscheidungsfindung, für die Weigerung, die Entscheidung zu überdenken, nachdem sie sie dazu aufgefordert hatten, und für das Versäumnis, den Vorfall 2019 erneut zu untersuchen. Die Richter kamen jedoch zu dem Schluss, dass es „unklar“ sei, welche Befugnisse sie selbst hätten, um diese Versäumnisse zu korrigieren, und forderten daher keine weitere Überprüfung.

Die letzte Entscheidung des IstGH wurden durch Verzögerungen und Verschiebungen geprägt. Das Gericht schlägt sich seit 2015 mit Fragen der Zuständigkeit herum. Es wird weiterhin viele große Hindernisse geben - von denen nur wenige mit dem Gesetz zu tun haben -, die überwunden werden müssen, bevor irgendwelche Israelis auf der Anklagebank in Den Haag landen.

Ein Hoffnungsschimmer

Nichtsdestotrotz bietet das Urteil der letzten Woche den PalästinenserInnen einen Hoffnungsschimmer. Es bestätigt, dass Israels Anstrengungen, den palästinensischen Kampf um Staatlichkeit zu verweigern, nicht ganz in seinem Sinne verläuft und es deutet darauf hin, dass das politische Klima nach Trump, sich für Israel als stürmischer erweisen könnte als erwartet. Seine Führer müssen vielleicht etwas vorsichtiger sein, was das Ausmaß und die Sichtbarkeit der Kriegsverbrechen angeht, die sie billigen.

Das Gericht könnte sich damit begnügen, das Schwert einer möglichen Untersuchung über Israel schweben zu lassen, in der Hoffnung, dass dies allein schon ausreicht, um Israels schlimmste Exzesse einzudämmen, wie z.B. Pläne zur Annexion von Teilen der Westbank.

Oder der IstGH vertraut darauf, dass seine Zuständigkeitsentscheidung als Weckruf für den israelischen Obersten Gerichtshof dienen wird, dessen Versäumnisse, internationales Recht in den besetzten Gebieten durchzusetzen, den Weg nach Den Haag geebnet haben.

Der Test, ob der IstGH ein juristisches Gremium ist und kein politisches, ist nicht wie Netanjahu fordert, dass er sich weigert, gegen Israel zu ermitteln. Der wirkliche Test ist, ob sie sich über die Verleumdungen und die Irreführungen erheben kann, um das internationale Recht in einer Weise anzuwenden, die die PalästinenserInnen tatsächlich schützt.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/israel-palestine-icc-politics-not-law-will-decide-war-crimes>

- (1) <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium-prosecuting-israelis-could-take-years-but-icc-s-chilling-effect-will-be-immediate-1.9519920>
- (2) <https://www.axios.com/israel-icc-political-pressure-prosecutor-18b8af1d-96e8-424d-a6e8-aea601852d88.html>
- (3) <https://www.reuters.com/article/icc-britain-probe-closed-idUSKBN28J26E>
- (4) https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/goldstone_bericht.pdf
- (5) <https://www.jpost.com/diplomacy-and-politics/uk-amends-law-to-protect-israelis-from-prosecution>
- (6) <https://www.bbc.com/news/10203726>

* **Terror police feared gun battle with Israeli general**

<https://www.theguardian.com/uk/2008/feb/19/uksecurity.israelandthepalestinians>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de